

Nächste Herausforderungen warten

11 neue Mitglieder seit der Wahl - Kreisverband wächst weiter

Am 11. November fand in Kyritz der Kreisparteitag des Kreisverbandes OPR der LINKEN statt. Im Mittelpunkt standen eine erste Auswertung der Bundestagswahl sowie die Wahlen der Delegierten zum Bundes (BPT)- und Landesparteitag (LPT), die Wahl eines Mitglieds im Landesausschuss sowie die Nachwahl eines Mitglieds im Kreisvorstand.

Vor leider nur 52 anwesenden Mitgliedern ging die Vorsitzende des Kreisverbandes Rita Büchner in ihrem Bericht auf die Verwaltungsstrukturreform von den Anfängen Ende 2014 bis auf ihr plötzliches Ende mit der Stellungnahme des Ministerpräsidenten am 1. November 2017 ein. Landesvorsitzender Christian Görke und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Ralf Christoffers erklärten dazu: »Veränderungsbedarf bleibt - aber der bislang eingeschlagene Weg ist blockiert. Demokratie muss ohne Brechstange auskommen und braucht Mehrheiten in Parlament und Gesellschaft. Für das Projekt Verwaltungsstrukturreform in der bislang vorgesehenen Form haben wir keine breite Zustimmung im Land erzielen können.«

Es wurden gewählt:

1. *Delegierte BPT Frauenliste*
Kerstin Brendler
Kirsten Tackmann (Ersatzdelegierte)
2. *Delegierte BPT gemischte Liste*
Freke Over
Paul Schmudlach (Ersatzdelegierter)
3. *Delegierte LPT Frauenliste*
Kerstin Brendler
Sylvia Zienecke
Ines Nowack (Ersatzdelegierte)
Marion Wenzel (Ersatzdelegierte)
4. *Delegierte LPT gemischte Liste*
Paul Kurzke
Paul Schmudlach
Dieter Groß (Ersatzdelegierter)
Freke Over (Ersatzdelegierter)
5. *Nachwahl Kreisvorstand Frauenliste*
Cornelia Böhme
6. *Mitglied im Landesausschuss*
Justin König
Joachim Behringer (Stellvertreter)

Sie machten u.a. folgende Vorschläge:
→ *Jetzt investieren!*

Ein Großteil der für die Verwaltungsstrukturreform bestimmten Mittel soll für Investitionen in die Infrastruktur des Landes eingesetzt werden, u. a. die Digitalisierung, den sozialen Wohnungsbau, die Krankenhäuser und die Mobilität.

(mehr dazu unter www.dielinke-brandenburg.de)

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist »für meine Partei eine sehr ernste Warnung«, sagte Rita Büchner.

Der Kreisvorsitzende Paul Schmudlach stellte an den Anfang seiner Ausführungen, dass DIE LINKE gesamtdeutsch gesehen gewonnen hat. Man muss hier aber differenzieren. Vor allem im Westen der Republik und in den großen Städten gab es Zugewinne, dagegen im Osten durchschnittlich 6-7% Verluste, so auch in Brandenburg. Das kann man nicht nur auf die Regierungsbeteiligung und die Kreisgebietsreform schieben, denn wir haben auch bei denen verloren, die eigentlich am meisten von einer linken Regierung profitieren würden.

»Mit Kirsten Tackmann hatten wir eine hervorragende Kandidatin«, sagte er weiter. Wir haben einen guten Wahlkampf geführt und gezeigt, dass wir kampagnenfähig sind. DIE LINKE war präsent, und zwar nicht erst kurz vor der Wahl, sei es mit Sprechstunden oder Infoständen auch in den kleineren Städten oder auf den Dörfern. Das Finanzziel von 10.000 Euro wurde zum Berichtszeitpunkt mit 7.500 Euro unterschritten. Nun bleibt aber keine Zeit zum Ausruhen, denn unter anderem mit den Landtags- und Kommunalwahlen 2019 stehen die nächsten Herausforderungen vor uns.

Besonders erfreulich ist für Paul Schmudlach, dass wir weiterhin der einzig wachsende Kreisverband im Landesverband sind. Seit der Bundestagswahl wurden 11 neue Mitglieder aufgenommen, dazu kommen noch drei Zuzüge. Ein Großteil der Neuen ist unter 30. Unter dem Beifall der Anwesenden begrüßte der



Rita Büchner

Foto: Jürgen Schubert

Kreisvorsitzende die neuen GenossInnen:

- ♥ Cornelia Böhme, 47, Neuruppin
- ♥ Anna Routsis, 53, Neuruppin
- ♥ Timo Theuergarten, 17, Neuruppin und
- ♥ Chris Watzlaw, 23, Neuruppin.

In der anschließenden Debatte sagte Landesschatzmeister Ronny Kretschmer, dass es gut ist, Finanzpläne einzuhalten. Geplantes Geld sollte aber auch eingesetzt werden, gerade dann, wenn es wie in Neuruppin wohl nicht gelungen ist, alle Haushalte zu erreichen, da zu wenig Wahlzeiten bestellt wurden. Bei den zur Zeit laufenden Verhandlungen von CDU/CSU, FDP und Grünen zu einer möglichen Regierungsbildung wird seiner Meinung nach die soziale Gerechtigkeit keine Rolle spielen. DIE LINKE sollte hier ihr Profil halten und weiter schärfen sowie Möglichkeiten und Alternativen aufzeigen.

Für Ronny Kretschmer ist jetzt der aller-späteste Zeitpunkt, mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen zu beginnen. Kreisvorstand und Kreistagsfraktion sollten Eckpunkte des Vorgehens und Schwerpunkte des Wahlprogramms festklopfen.

Fortsetzung auf Seite 3

Gedenken für die Zukunft

Es geht nicht nur um einen Traum

Wie in jedem Jahr gedachten am 7. November 2017 wieder etliche Bürger - vor allem Genossen der LINKEN - an den Gedenkstätten in Alt Ruppin, Neuruppin und anderen Orten des Kreises dieses Mal des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution in Russland.

Die Ehrung durch die Genossen war geprägt nicht etwa nur vom Bedauern über den Untergang der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten, sondern auch von der Gewissheit, dass mit der Oktoberrevolution immerhin über sieben Jahrzehnte hinweg die Welt grundlegend verändert wurde. Sie regte die revolutionären Bestrebungen und nationalen Befreiungsbewegungen in vielen Ländern an und ließ sie Realität werden. So bleibt z.B. die damalige Organisierung der Sowjets, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, das herausragende Beispiel dieser Revolution.

In den Tagen um den 7. November konnte die Presse (die etwas auf sich hält) nicht an diesem 100. Jahrestag vorbeigehen. Es gab zwar »geringschätzig« und schmähende Beiträge, aber auch (nicht nur im nd) ehrliche und wissenschaftlich begründete Auseinandersetzungen und nicht zuletzt das Bemühen, Lehren für die künftige gesellschaftliche Entwicklung daraus zu ziehen und zu bewahren. Und wenn es auch so manche unterschiedliche Beiträge und Ansichten dazu gibt - es blei-

ben die Erfahrungen dieser 100 Jahre und es bleiben auch noch genügend Menschen, die solche grundlegenden Erfahrungen für die Menschheit nicht unter den Tisch fallen lassen werden.

Im Deutschen Historischen Museum in Berlin gibt es derzeit übrigens bis zum 15. April 2018 eine bedeutende Ausstellung zu »100 Jahre Russische Revolution«, deren Besuch sich für die Erweiterung der Geschichtskennntnisse bestimmt lohnt. ch-



Sowjetisches Plakat, „Was die Oktoberrevolution der Arbeiterin und Bäuerin gegeben hat“, 1920

© Deutsches Historisches Museum

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Bildungsniveau gesunken

Wie aus einer aktuellen Studie (IQB-Bildungstrends) der Kultusministerkonferenz hervorgeht, haben sich in den letzten fünf Jahren die Leistungen der Viertklässler in Mathematik, Rechtschreibung und im Zuhören verschlechtert. Ein Grund dafür kann auch darin liegen, dass sich der Anteil der Viertklässler mit Migrationshintergrund auf 34% erhöht hat. Das zeigt aber einerseits auch, dass die Sprachförderung der Migrationskinder nicht dem aktuellen Bedarf angepasst ist, dass es akuten Handlungsbedarf gibt.

Andererseits ist das aber auch ein Beleg für den akuten Lehrermangel. Seit Jahren weist DIE LINKE auf dieses Problem hin. Ob bei Inklusion, Ganztagschulen, Hortbetreuung der Grundschüler oder Finanzierung der Schulsozialarbeit, egal auf welchem Gebiet auch immer, die jeweiligen

Regierungen haben das bisher immer ignoriert. Jetzt, wo »das Kind in den Brunnen gefallen ist«, beginnt man - genau so wie in der Pflege - darüber nachzudenken, wie man schnelle Lösungen finden kann. Während man bei Schulen auf sogenannte Quereinsteiger setzt, will man in der Pflege den Fachkräftemangel mit Migrationskräften beseitigen. Es darf aber bezweifelt werden, dass diese Lösungen zukunftsträchtig sind.

Die neue Bundesregierung steht vor großen innenpolitischen Aufgaben. Nicht nur im Bildungsbereich und der Pflege, sondern auch bei der Polizei und im Handwerk sowie in anderen Bereichen gilt es, die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten und zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen. Ob das der Jamaika-Koalition gelingt, darf wohl mit Recht bezweifelt werden. Deshalb ist eine konstruktive linke Oppositionspolitik im Bund wichtiger denn je. Mal sehen, wie sich die SPD hier verhält. Hat doch deren Kanzlerkandidat im Wahlkampf große Töne »gespuckt«.

Kommentar

Warum nicht schon eher?

Nun ist sie vom Tisch. Der Ministerpräsident hat die ungeliebte, von den Bürgern mehrheitlich abgelehnte Kreisgebietsreform gestoppt. Bezeichnenderweise auf einem Prignitzer (ein Zentrum des Widerstandes gegen die Reform) Parkplatz hat Woidke »die Reißleine« gezogen. Dass er diese Entscheidung nicht ohne Abstimmung mit dem Koalitionspartner treffen konnte, ist wohl selbstverständlich.

Eigentlich kann man vor dieser Entscheidung nur den Hut ziehen. Hatte doch Woidke noch vor kurzem erklärt, dass man am 15.11. die Reformpläne vom Parlament beschließen lassen wird. Die massiven Bürgerproteste, die Kritiken der Fachleute und die Bedenken aus den kommunalen Verwaltungen haben offensichtlich zum Umdenken bei Rot-Rot geführt.

Der Widerstand gegen das Kernprojekt der Landesregierung war von Anfang an sehr groß. Ich erinnere hier nur an die Konferenz in der Neuruppiner Pfarrkirche mit Innenminister Schröter vor einigen Jahren. Schon damals gab es massive Proteste der Bürger vor dem Versammlungsort. Aber auch verschiedene Gremien wie linke Kreisverbände, Kreistage und Stadt- bzw. Gemeindevertretungen fassten gegen die Reform gerichtete Beschlüsse. Was die Landesregierung sicherlich bei ihrer Entscheidung beeinflusst hat, sind die 130.000 Unterschriften, die es gegen die Reform gab, und das jetzige Volksbegehren, was auf einen Volksentscheid hinauslaufen wird.

Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der LINKEN und Landesvorsitzender Christian Görke kommen zu der Einschätzung, dass es nicht gelungen ist, im Land eine breite Zustimmung zur Reform zu erreichen. Im Gegenteil, die Fronten haben sich massiv verhärtet. Demokratie muss aber ohne Brechstange auskommen, betonen die beiden Politiker. Sie sagen weiter, dass es Veränderungsbedarf gibt - und das ist unstrittig. Das bestreiten auch die kommunalen Vertreter nicht, jedoch wollen (und müssen) sie genauso wie die BürgerInnen »mitgenommen« werden. Das heißt, die sachlichen Argumente, aber auch die Befindlichkeiten/regionalen Gefühle muss die Landesregierung zukünftig mehr und besser beachten. Ich kann dem Pritzwalker Genossen Hartmut Winkelmann nur zustimmen, der sagt, dass auf Grund der anstehenden Veränderungen eine Reform angegangen werden muss, »aber eine viel bessere, mit großen Teilen der Bevölkerung und der kommunalen Familie abgestimmte«.

hjm

Integration gehört zum täglichen Leben

Pilotprojekt »Kommunen als Initiatoren Entwicklungspolitischer Bildungsarbeit«

Neuruppin wurde als einzige Stadt Ostdeutschlands ausgewählt, um am Pilotprojekt im Auftrage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Servicestelle »Kommunen in der einen Welt« teilzunehmen.

Zunächst fand eine Analyse im Bereich Migration und Entwicklungspolitik in Neuruppin statt. Anders als in den beteiligten westdeutschen Städten gibt es in Neuruppin keine Aktionsgruppen oder migrantische Organisationen, welche sich ausschließlich mit dem Thema Migration beschäftigen. Dafür hat Neuruppin eine Vielzahl von sehr engagierten Gruppen in den Bereichen Soziales, Bildung, Sport, Wirtschaft, Kultur und Kirche, welche sich diesem Thema - neben weiteren Themen - annehmen. Somit wird dieses Thema in Neuruppin als normaler Bestandteil des täglichen gesellschaftlichen Lebens betrachtet. Untereinander arbeiten die verschiedenen Akteure aktiv und vertrauensvoll zusammen.

Jedoch fühlen sie sich oft von der zuständigen Kreisverwaltung wie auch der Landes- und Bundespolitik allein gelassen, insbesondere bezüglich langfristiger und rechtssicherer Arbeit mit den betroffenen Menschen. Hierzu gehören Hilfen bei der Wohnungssuche, Bildungsangebote für Helfer und Migranten einschließlich Sprachangebote und eine sichere finanzielle Grundlage zur Integration in Arbeit, Bildung und der übrigen Gesellschaft.

Es fanden am 14.09. und 17.10.2017 diesbezüglich Workshops statt, um die zukünftige Arbeit möglichst besser zu koordinieren und den Akteuren Unterstützung in ihrer Arbeit zu geben. Am ersten Workshop nahm ich für die Stadt Neuruppin teil.

Es bleibt für Kommunen wie Neuruppin und deren Bürger auch zukünftig eine Herausforderung, Migration und entwicklungspolitische Arbeit zu meistern. Bund



und Länder müssen klares, einfaches und verbindliches Recht schaffen, die notwendigen Finanzen und das notwendige Personal zur Verfügung stellen, damit die vielen Ehrenamtlichen, wie auch im Berufsleben (Lehrer, Erzieher, Arbeitgeber, Polizei, Gesundheitswesen, ...) eine sichere Grundlage für ihre aufopferungsvolle Arbeit haben und diese nicht durch Politik und Verwaltung wieder zerstört wird.

Gerd Klier

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin

Nächste Herausforderungen warten

Fortsetzung von Seite 1

Weiterhin sollte überlegt werden, wie wir Kandidaten für die Parlamente gewinnen und sie schulen und qualifizieren können. Dies alles geschieht unter verschärften innerparteilichen Auseinandersetzungen, da viele Probleme bisher vor uns hergeschoben, aber nicht gelöst wurden, wie z.B.:

1. Einwanderungspolitik
2. Wie stehen wir zu Europa?
3. Digitalisierung und ihr Einfluss auf bestehende/neue Jobs
4. Bedingungsloses Grundeinkommen.

Unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann hatte nicht erwartet, dass wir noch so einen Wahlkampf führen können. Die Stimmung auf den Straßen/in den Gesprächen war eigentlich gut für uns, umso größer war die Enttäuschung über das Wahlergebnis.

Sie ist froh, dass die Verwaltungsstrukturreform abgesagt wurde und findet es gut, dass unter anderem zusätzlich Geld für ländliche Räume ausgegeben werden soll. Sie ist dafür, kritisch und ehrlich mit der Regierungsbeteiligung umzugehen, aber eben nicht nur Kritik zu üben, sondern auch Erreichtes und Positives aufzuzeigen. Wir haben viel erreicht, wenn es auch

in den Medien nicht so dargestellt wird. In der Zukunft müssen wir den Menschen sagen, wo wir hin wollen, müssen Visionen eines solidarischen Gesellschaftsmodells aufzeigen und den Wahlkampf emotionaler gestalten.

Ines Nowack kann nicht verstehen, warum die gewählt werden, die für Kriegeinsätze stimmen, für Wohnungsnot und sozialen Abstieg ganzer Bevölkerungsgruppen.

Da auf einem Kreisparteitag nur erste Ansätze einer Wahlauswertung möglich sind, machte Andrew Förster den Vorschlag, Anfang 2018 eine Klausurtagung zur tiefgründigeren Auswertung im Kreisverband durchzuführen. Der Kreisvorstand hat auf seiner letzten Sitzung diesem Vorschlag zugestimmt und organisiert diese für den Februar 2018.

Der Regionalverband Wittstock-Heilgenbrabe reichte vier Anträge - leider zu kurzfristig - ein, sodass diese dem Kreisvorstand zur weiteren Bearbeitung übergeben wurden. Darin geht es um folgende wichtige Anliegen:

- Einführung einer Grundsteuer »E« für

In eigener Sache

Unser verantwortlicher Redakteur Jürgen Schubert legt zum 31. Dezember 2017 aus persönlichen Gründen sein Amt nieder.

Kreisvorstand und Redaktion sind auf der Suche nach einem Nachfolger/einer Nachfolgerin, damit die Märkische Linke auch im neuen Jahr weiter erscheinen kann. Wer Interesse, Lust und Zeit für diese spannende und abwechslungsreiche Tätigkeit hat, meldet sich bitte in einer der Geschäftsstellen des Kreisverbandes der LINKEN oder bei der Redaktion.

In diesem Zusammenhang trifft sich der Arbeitskreis Märkische Linke zu seiner ersten Sitzung am 11.12.17 um 18 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, um über die zukünftige Ausrichtung und Gestaltung unserer Zeitung zu beraten - Mitstreiter sind herzlich willkommen.

- erneuerbare Energieanlagen
- Grünbrücken über die A 24
- Eingliederung des Bombodrom-Geländes in den Naturpark Stechlin Ruppiner Land
- Verzicht auf den Bau der B 189 N.

Jürgen Schubert

Bundestagsreport

Größerer Wahlkreis - mehr Aufgaben

Parlamentarische Arbeit des neuen Bundestags ist angelaufen

Der neu gewählte Deutsche Bundestag hat sich konstituiert, auch wenn er erst vollständig arbeitsfähig sein wird, wenn die neue Bundesregierung steht. Denn erst dann können sich die Ausschüsse konstituieren, deren fachliche Zuschnitte traditionell jeweils die Ministerien spiegeln, die aber erst Ergebnis der Koalitionsverhandlungen sind. Allerdings gibt es auch Ausschüsse, die im Grundgesetz festgeschrieben sind: der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der Verteidigungsausschuss und der Petitionsausschuss. Die Linksfraktion hatte in der konstituierenden Sitzung beantragt, zumindest diese Ausschüsse zu konstituieren, aber die Jamaika-Mehrheit im Plenum hat dies leider abgelehnt.

In der konstituierenden Sitzung erfolgte auch die Wahl des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble und auch die Kandidatinnen und Kandidaten der Fraktionen für die Vizepräsidentschaft stellten sich dem Votum des Bundestags. Petra Pau hat dabei überraschend viele Stimmen auch aus den anderen Fraktionen bekommen, eine große Anerkennung für ihre engagierte Arbeit. Trotz drei Wahlgängen wurde wie zu erwarten der Vorschlag der

AfD, Glaser, nicht gewählt. Dabei spielte wohl vor allem eine Rolle, dass ihm die Mehrheit der Abgeordneten nicht vertraut, denn Vizepräsidenten müssen die parlamentarischen Rechte des gesamten Hauses sichern, aber auch die Grundrechte aller Menschen respektieren. Seine Fraktion hat angekündigt, ihn in der nächsten Sitzung erneut zur Wahl aufzustellen.

Trotz noch laufender Sondierungen für eine Jamaika-Koalition und möglicherweise ab Dezember stattfindende Koalitionsverhandlungen übernimmt der Bundestag den Teil seiner Arbeit, der möglich ist. Sitzungstage im November und Dezember sind beschlossen und auch die Arbeit in den Wahlkreisen bzw. darüber hinaus läuft natürlich ebenfalls längst. Die eigentliche Parlamentstätigkeit ist ja immer nur ein kleiner, wenn auch wichtiger Teil der Arbeit der Abgeordneten.

Die Arbeit in Brandenburg muss teilweise neu justiert werden, da die Landesgruppe Brandenburg in der Linksfraktion ja leider nur noch vier Mandate hat und damit das Grundkonzept nicht mehr aufgeht, dass ein/e Abgeordnete/r jeweils für seinen Heimatwahlkreis und einen weiteren so

Links tut gut

genannten Betreuungswahlkreis zuständig ist und damit alle 10 Bundestagswahlkreise angeschlossen sind. Zwei Bundestagswahlkreise (Lausitz und Barnim/Märkisch-Oderland) müssen durch die Landesgruppe gemeinsam betreut werden. Wie das personell und finanziell organisiert werden kann, wird mit den Verantwortlichen vor Ort und der Landesgeschäftsstelle besprochen.

Unser Wahlkreis 56 ist größer geworden. Um die Betreuung der Regionen Nauen und Nennhausen zu sichern, sind ebenfalls Neujustierungen unserer Wahlkreisarbeit notwendig. Ein erstes Gespräch mit der dort zuständigen Landtagsabgeordneten Andrea Johlige und Verantwortlichen vor Ort hat stattgefunden. Wahlkreismitarbeiter Paul Schmudlach wird diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Büro der Landtagsabgeordneten übernehmen, an der Finanzierung des Abgeordnetenbüros in Nauen werde ich mich natürlich beteiligen.

Kirsten Tackmann, MdB

Wie weiter mit den Öffentlichen?

Entwurf Landesnahverkehrsplan 2018-2022 für unsere Region so nicht annehmbar



Alle Signale auf Rot?

In den letzten Wochen ist endlich eine Debatte über die Zukunft des Schienenpersonennahverkehrs für unsere Region in Gang gekommen.

Die dringlichste Maßnahme ist sicher eine kurzfristige Verbesserung des RE 6. Hier geht es um die zentrale Erschließung durch den öffentlichen Verkehr von Berlin nach Neuruppin und in den Nordwesten Brandenburgs.

Eine Ausweichstelle im Bereich Sommerfeld - Beetz - Wall würde Betriebsabläufe

sichern und die Möglichkeit eröffnen, Verspätungen zeitnah wieder auszugleichen. Nur mit dieser Ausweichstelle ist es möglich, einen Halbstundentakt bis Neuruppin zu fahren. Die Umsetzung wäre schon während der Streckensperrung wegen der Bauarbeiten an der Seedammtorbrücke in 2020 möglich. Dazu müssen Verwaltung, Planung und Entscheidungen mal zügig funktionieren. Wenn dann dabei noch ein zusätzlicher Haltepunkt in Wall abfallen würde, wäre viel Verbesserung mit verhältnismäßig geringem Mittelaufwand erreicht.

Auch den Stundentakt nach Wittstock und Wittenberge sollte es nicht nur zur Landesgartenschau 2019 geben - dieser sollte dauerhaft eingerichtet werden. Zweiter Schritt, weil deutlich aufwändiger, muss dann die Einbindung über Tegel

bis Berlin- Gesundbrunnen sein. Land und Bahn sehen dieses im Moment für 2027 vor. Mit etwas gutem Willen und den Millionen, die Rot-Rot zusätzlich in die Mobilität investieren will, sollte eine Umsetzung schon bis 2023 möglich sein. Auch die Bestellung für die Strecke der RB 73 Neustadt - Pritzwalk - Meyenburg durch das Land gilt es zu verbessern, zwei Zugpaare sind noch kein Angebot. Für den Tourismus in Rheinsberg ist der Ganzjahresverkehr mit großer Fahrradmitnahme und umsteigefrei in Löwenberg ein Muss. Würde dann noch ein Frühzug aus Rheinsberg fahren, wäre die Verbindung auch wieder für Pendler attraktiv. Selbst der Landrat Ralf Reinhardt, der sich im Kreis nicht für die Verbesserung des ÖPNV interessiert und aus meiner Sicht

Fortsetzung Seite 5

Der Bürgerhaushalt kommt!

Großer Erfolg LINKER Kommunalpolitik

Niemand hätte vermutet, dass der größte Erfolg der Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin gleich zu Beginn der Haushaltsberatungen für 2018 erzielt werden konnte.

Schon lange ist DIE LINKE eine Verfechterin von mehr direkter Bürgerbeteiligung. Der Bürgerhaushalt wurde deshalb schon vor Jahren in die Diskussion gebracht, um Bürgerinnen und Bürger unmittelbar mit einzubeziehen bei der Frage, in welchen Bereichen die Fontanestadt zukünftig Geld auszugeben gedenkt bzw. wo Investitionen in die Infrastruktur stattfinden sollen. Dabei ging es nie nur um die Ideensammlung, sondern auch um konkrete Mitsprache. Bisher ist es so, dass die Verwaltung einen Vorschlag erarbeitet, die einzelnen Fraktionen Änderungen vorschlagen können und letztendlich dem Stadtparlament die Entscheidung zum Haushaltsentwurf obliegt.

Die Idee

Mit dem Antrag der Fraktion der LINKEN wird ab 2018 ein Verfahren angewendet, welches auf mehr Beteiligung und direkte

Einflussnahme durch die Bürgerinnen und Bürger abzielt. Dafür stehen zunächst 50.000 und in nachfolgenden Jahren 100.000 Euro zu Verfügung.

Die Verwaltung wurde aufgefordert, im 1. Quartal 2018 dafür notwendige Regularien zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Möglich wäre, dass vor der Sommerpause 2018 die Bürgerschaft Ideen einreichen kann, diese sortiert und auf

Machbarkeit geprüft werden, um nach der Sommerpause der

im Parlament

Bürgerschaft zur Abstimmung gestellt zu werden. Die Stadtverordneten wären bei der Beschlussfassung zum Haushalt 2019 an das direkte Bürgervotum gebunden. Die Umsetzung würde dann im Haushaltsjahr 2019 erfolgen.

Einstimmig!

Nachdem der Antrag der LINKEN auf der Klausurtagung der Stadtverordneten-



Foto: Pixabay

versammlung am 16.10.2017 eingebracht wurde, erfolgte eine lebhaftige Diskussion. Die Argumente der LINKEN müssen aber so überzeugend gewesen sein, dass - überraschend - der Antrag einstimmig beschlossen wurde. Damit ist der Weg frei für die aktive Mitgestaltung der Kommune durch den Bürger.

Die Hoffnung ist groß, dass sich viele an der Ideensammlung und an der Abstimmung durch die Bürgerschaft beteiligen werden und somit die Chance besteht, der Politikverdrossenheit zu begegnen.

Ronny Kretschmer
Fraktionsvorsitzender

Wie weiter mit den Öffentlichen?

Fortsetzung von Seite 4

im Kreistag das größte Hindernis darstellt, um zu Veränderungen zu kommen, hat sich jetzt für den Ganzjahresbetrieb nach Rheinsberg ausgesprochen. Allerdings für ihn ungefährlich - als Anspruch auf die Infrastrukturmillionen des Landes aus der abgesagten Verwaltungsstrukturreform. Er könnte ja auch selbst aktiv werden und den seit Jahren von Rheinsberg geforderten Spätbus von Neuruppin kurzfristig realisieren.

Und es gibt auch noch viele weitere Punkte, wo es sich lohnt, immer wieder grundsätzliche Veränderungen im öffentlichen Verkehr einzufordern, zum Beispiel gerade jetzt bei der Erarbeitung des Landesnahverkehrsplans (LNVP) 2018-2022. Der Entwurf des LNVP 2018 des Brandenburger Verkehrsministeriums ist für unsere Region - höflich formuliert

- unbefriedigend. Mir fehlt die Vision eines zügigen Ausbaus des Schienennahverkehrs auch in der Fläche. Im Zuge der parlamentarischen Bearbeitung sollte es uns gelingen, einige Veränderungen und Fortschritte zu erreichen.

Seit dem 23. Oktober 2017 läuft die Onlinebeteiligung zum Entwurf des Landesnahverkehrsplans (LNVP) 2018-2022. Sechs Wochen lang - bis zum 4. Dezember 2017 - können alle Interessierten den Entwurf des LNVP einsehen und Anregungen sowie Hinweise geben, die zu einer Qualifizierung des LNVP und damit des Bahnverkehrs in Brandenburg beitragen könnten.

Dazu nutzt bitte folgende E-Mail-Adresse: LNVP@mil.brandenburg.de

Der Entwurf des LNVP ist zu finden unter: <http://www.mil.brandenburg.de/sixcms/detail.php/835726>



Freke Over
Vorsitzender der Kreistagsfraktion
DIE LINKE

Abrüsten statt aufrüsten

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben - Abrüsten ist das Gebot der Stunde!

Ein außergewöhnlicher, der Not gehorchender Aufruf wurde am 6.11.2017 veröffentlicht:

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen:

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden. Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben - Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

Jetzt Aufruf »abrüsten statt aufrüsten« unterschreiben: www.abruesten.jetzt

In einem deutlichen und dringenden Abrüstungsaufruf wendet sich ein ungewöhnlich breites gesellschaftliches Bündnis an Öffentlichkeit. Dazu zählen der Nobelpreisträger Paul Crutzen, die Gewerkschaftsvorsitzenden Reiner Hoffmann (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Michaela Rosenberger (NGG) und Marlis Tepe (GEW), die Theologin Margot Käßmann, führende Vertreter der Umweltbewegung wie der DNR Vorsitzende Kai Niebert und der BUND Vorsitzende Hubert Weiger, WissenschaftlerInnen wie Gesine Schwan, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Frigga Haug und Ulrich Brand, PolitikerInnen aus drei Parteien wie die Abgeordneten des deutschen Bundestages Ernst Rösper (SPD), Katja Kipping (DIE

LINKE.) und Katja Keul (Bündnis90/die Grünen), Kulturschaffende wie Wolfgang Niedecken, Udo Lindenberg und Renan Demirkan sowie AktivistInnen der Friedensbewegung. Sie alle wenden sich an die Öffentlichkeit mit dem Appell »abrüsten statt aufrüsten«.

Die Unterzeichnenden fordern von der (neuen) Bundesregierung:
»Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben - Abrüsten ist das Gebot der Stunde.«



Es ist ein gesellschaftlicher Appell der Warnung vor weiterer Aufrüstung und der unüberhörbaren Forderung nach Abrüstung zur Lösung der großen Herausforderungen. Abrüsten ist der Ernstfall. Jetzt damit anfangen. Und zwar hier bei uns. Denn der deutschen Rolle in der internationalen Politik kommt erhebliche Bedeutung zu. Unser Land braucht eine Außen- und Sicherheitspolitik, die auf ein friedliches Zusammenleben der Völker abzielt. Ein Weiter so mit Aufrüstung, Kriegsdrohungen und Krieg verbietet sich. Die Menschen in unserem Land wollen Frieden. Die Politik muss diesem Willen Rechnung tragen. Die jüngsten Wahlergebnisse mahnen.

In einer Zeit neoliberaler gesellschaftlicher Umgestaltung will die Initiative auch Zeichen dafür setzen, dass eine andere Po-



litik möglich ist. Mit friedlicher Konfliktlösung, Entmilitarisierung, internationaler Entspannung und gemeinsamer Sicherheit auch mit Russland. Eine neue solidarische Debattenkultur muss her. Dazu laden wir in einer Zeit ein, in der Krieg wieder eine Option der Politik ist. Deshalb ist gesellschaftliches Eingreifen gefordert. So entstand der Aufruf »abrüsten statt aufrüsten«.

Er wird getragen von besorgten Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, über Partei- und sonstigen Grenzen hinweg. Die Initiative will viele Menschen erreichen, die selbst tätig werden und andere dazu anregen, Menschen aus der Friedensbewegung, wie auch aus anderen sozialen Bewegungen.

Deshalb starten wir online und offline mit einer breiten Unterschriftensammlung unter diesem Aufruf, vielleicht wird daraus eine größere Bewegung für den Frieden. Helft mit, diesem Appell zu einem Zeichen des Aufbruches und des Protestes gegen Militarisierung und Aufrüstung zu machen. Unterstützt ihn, unterzeichnet ihn, sammelt selbst. Macht auf den Appell aufmerksam. Lasst uns gemeinsam die Chance nutzen.

Mitmachen, weitere Informationen und Listen zum Sammeln auf der Webseite www.abruesten.jetzt

Mit friedlichen Grüßen

für den Arbeitsausschuss

Reiner Braun
Michael Müller
Willi van Ooyen

(Quelle: Pressemeldung der Initiative »abrüsten statt aufrüsten«, 6.11.2017)

Aufgelesen

Panzernashorn

Panzer-Ursula
stößt alle naslang
ins grelle Horn des kalten Krieges
Rhinozerosdumm
spricht sie von Frieden

Jürgen Riedel, Minden, Lyriker

100 Jahre Oktoberrevolution in Russland

Die Freundschaftsgesellschaft Neuruppin/Alt Ruppin, hervorgegangen aus der ehemaligen Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF), pflegt seit Jahren die Freundschaft mit den Bürgern der Länder der ehemaligen Sowjetunion, organisiert und finanziert mit sehr viel persönlichem Engagement der Mitglieder. Es gab seit 1992 viele freundschaftliche Begegnungen deutscher, russischer, ukrainischer Bürger und Bürger anderer Länder. Neben Treffen zu gemeinsamen Feierlichkeiten werden auch Vorträge und Diskussionen organisiert.

Hervorzuheben ist hierbei das unermüdliche Wirken von Barbara Hinz als Organisator und von Elisabeth Chucher, die die Finanzen für materielle Aufwendungen in den Veranstaltungen von den Mitgliedern einsammelt und verwaltet.

Einer der letzten Höhepunkte war eine öffentliche Veranstaltung am 19. Oktober 2017 zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution im Restaurant Seebad in Alt Ruppin, bei der ca. 30 interessierte Bürger anwesend waren. In alter russischer Tradition sorgten hier lebende Freundinnen für kulinarische Genüsse, was bei den Teilnehmern sehr gut ankam. Als Vortragender konnte Genosse Dr. Bollinger von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewonnen werden, der im lockeren Stil die heutige Sicht der Ereignisse vom Oktober 1917 vortrug und sehr viele Ansätze für eine anschließende rege Diskussion bot. In seinem Vortrag ging er auf die Vorgeschichte, auf Ursachen, Bedeutung und die Sicht der ehemaligen Sowjetbürger im heutigen Rückblick auf die Oktoberrevolution ein, die er auf seinen letzten Russlandreisen aufnehmen konnte.

Dieser Artikel ist nicht dazu gedacht, den Vortrag inhaltlich wiederzugeben, sondern kann nur entscheidende Eckpunkte des Vortrages benennen. Seiner Meinung nach war bereits die Niederlage im japanisch-russischen Krieg von 1905 der Beginn der Hinterfragung der absolutistischen Politik im Zarenreich. Durch den ersten Weltkrieg, der viele menschliche Opfer forderte und der zunehmende Versorgungsprobleme und damit große Unzufriedenheit in der

Bevölkerung zur Folge hatte, war das Zarenreich politisch geschwächt und der Absolutismus durch fehlende Erfolge an der Front erschüttert. Die Folge war die bürgerliche Februarrevolution 1917, bei der der Zar abdanken musste. Der Krieg aber ging weiter. Erst durch Lenin, der aus seinem Exil mit deutscher Hilfe nach Russland eingeschleust wurde, und klare Forderungen, wie Beendigung des Krieges und die Beseitigung der Ursachen des Krieges aufstellte, kam es zur Mobilisierung der Massen und zur großen sozialistischen Oktoberrevolution, nach unserem heutigen Kalender am 7. November 1917.

Es war auch schon damals bedacht worden, dass die russische Revolution nicht allein durchgeführt und nur sehr schwer dauerhaft erfolgreich sein könnte. Man rechnete damit, dass der Funke dieser Revolution auf das Proletariat der hochentwickelten europäischen Staaten überspringen würde, wie zum Beispiel in Deutschland und Frankreich. Leider geschah das aber nur in Ansätzen. Die anschließende Politik in Russland, die durch Josef Stalin geprägt wurde, tat noch ihr Übriges, um die Begeisterung des Weltproletariats in Grenzen zu halten.

Die heutige Sicht der Bürger der ehemaligen Sowjetunion ist nach Prof. Bollingers Meinung sehr differenziert und man kann bei Einzelnen das Gefühl einer Opferrolle erkennen. Die große Breite sei aber der Meinung, dass es ein wichtiger historischer Versuch war, eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung zu schaffen, die damals und auch noch heute das Gesicht und das Denken dieser Welt verändert und geprägt hat und für die Zukunft Impulse für die Sicherung der Existenz der menschlichen Gesellschaft und der Erhaltung unserer Erde geben kann.

*Karl-Heinz Schindler
Alt Ruppin*

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

02.12.	Günter Behrendt	Heiligengrabe	zum 88.
03.12.	Hannelore Fiedler	Fehrbellin	zum 71.
05.12.	Ehrentraut Prenzler	Neuruppin	zum 84.
08.12.	Hans-Joachim Seel	Schönberg	zum 67.
13.12.	Walter Taschenberger	Dreetz	zum 84.
14.12.	Franz Hilbert	Rheinsberg	zum 86.
15.12.	Gertrud Bartelt	Neuruppin	zum 80.
15.12.	Heinz Karwath	Zechlinerhütte	zum 71.
17.12.	Ottmar Breyvogel	Neuruppin	zum 83.
21.12.	Sylvia Zienecke	Maulbeerwalde	zum 60.
25.12.	Bernd Kummer	Wusterhausen	zum 64.
29.12.	Werner Herzlieb	Neuruppin	zum 87.
29.12.	Christiane Schwarz	Braunsberg	zum 74.
31.12.	Horst Däbel	Wittstock	zum 83.
31.12.	Werner Stolz	Wall	zum 70.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!



An die Reichspogromnacht im Jahre 1933 erinnerten in Kyritz Politiker und Einwohner. Zwei Stolpersteine erinnern an die jüdische Familie Calmon. An der Gedenkveranstaltung nahmen Bürgermeisterin Nora Görke, Dr. Kirsten Tackmann, MdB, Dieter Groß, Einwohnerinnen und Einwohner von Kyritz sowie Schüler der Carl-Dierke-Oberschule teil.

Foto: A. Reichelt

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR

IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

Vielbesuchte DDR-Ausstellung

Es war nicht alles schlecht, was da entstanden ist

Beträchtliches Aufsehen im Land Brandenburg und weit darüber hinaus erregt seit dem 29. Oktober 2017 eine ganz besondere Bilderausstellung in Potsdam. Sie nennt sich »Hinter der Maske. Künstler in der DDR« und findet bis 4. Februar 2018 im neu eröffneten Museum Barberini am Ufer der Havel statt.

Interessante Bilder vieler bekannter und nicht so bekannter Maler der DDR sind zu sehen. Nicht alle »gefallen«, aber sind auf jeden Fall ansehens- und ihr Inhalt nachdenkenswert. Es ist eine Auswahl, aus welchen Gesichtspunkten heraus auch immer (es sollen zumeist in der DDR verschmähte bzw. nicht gezeigte Bilder sein).

Diese nach so vielen Jahren seit dem Untergang der Republik erste Ausstellung hatte schon in den ersten Tagen sehr viel Besucher und fand auch international großes Echo. Vor allem wurde dabei vielfach die Forderung laut, nun endlich auch die DDR-Kunst als gleichwertige und eine deutsche Kunstrichtung zu betrachten und



Günter Firit: Selbsterstörung, 1987, Nachlass Günter Firit,

Photo: Frank Strassmann

nicht nur, wie so vieles vom ehemaligen deutschen Staat DDR, zu verteuflern.

ch-

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 22.11.17	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 27.11.17	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 28.11.17	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 04.12.17	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Dienstag, 05.12.17	Weihnachtsfeier Freundschaftsgesellschaft und BO Alt Ruppın 15.00 Uhr, Alt Ruppın - Gaststätte Seebad
Dienstag, 05.12.17	Weihnachtsfeier Regionalverband Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 18.30 Uhr, Wusterhausen - Bootshaus
Mittwoch, 06.12.17	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 07.12.17	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 11.12.17	Beratung Arbeitskreis Märkische Linke 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 13.12.17	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Freitag, 15.12.17	Weihnachtsfeier Regionalverband Wittstock-Heiligengrabe 17.30 Uhr, Wittstock - WBG Rosa-Luxemburg-Str.
Mittwoch, 20.12.17	Weihnachtsfeier Stadtverband Neuruppin 15.00 Uhr, Neuruppin - Tempelgarten

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Marco Christian Wiese (MaC)

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 13.00 - 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 30.11.2017
Mi., 13.12.2017